

Presseinformation

Weichen für Plauen gefährlich falsch gestellt

Die Unionsfraktion im Plauener Stadtrat hat mit Ungläubigkeit auf den Beschluss der Mehrheit des Plauener Stadtrates reagiert, die Geschäftsführung der Plauener Straßenbahn mit der Rückkehr zum Tarifvertrag in den kommenden fünf Jahren zu beauftragen. „Bei aller Freude für die Straßenbahner, die dadurch im Jahr 2021 statt wie bisher rund 95% des Tarifgehaltes die volle tariflich Bezahlung erhalten, ist diese Entscheidung mittelfristig eine Katastrophe. Es ist für alle schon jetzt absehbar, dass die Straßenbahn in fünf Jahren mit einem strukturellen Defizit von mehr als 600.000 Euro überschuldet ist. Dafür gab es eine entsprechende Finanzberechnung, die aufzeigt, dass am Ende die Insolvenz stehen dürfte“, kann CDU-Fraktionschef Jörg Schmidt nicht nachvollziehen, warum die Masse der Stadträte dem Oberbürgermeister in dieser Sache folgt. „Im Jahr 2021 endet Ralf Oberdorfers dritte Amtszeit und vielleicht war das heute schon mal ein Vorgeschmack – so ganz nach dem Motto ‚Nach mir die Sintflut‘“, ist auch Pressesprecher Ingo Eckardt fassungslos über das Abstimmungsergebnis. Nur die CDU-Fraktion hatte die Vorlage deutlich mehrheitlich abgelehnt.

Eine ganz ähnliche Gefühlswelt hegt man in der Fraktionsführung zum gegen mehrere Stimmen der CDU-Fraktion beschlossenen Haushalt für 2016. „Der Haushaltsplan 2016 macht uns dabei die wenigste Sorge – uns geht es darum, dass in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2017 die Umlage für den Kulturraum Vogtland/Zwickau aus den Planungen gestrichen ist. Einen Antrag unsererseits, die Umlage wieder einzustellen, hat der Oberbürgermeister kurzfristig als rechtswidrig von der Tagesordnung genommen, obwohl ihm dies im Finanzausschuss augenscheinlich entgangen war. Auch wenn er sich bei uns in der Sitzung für dieses Vorgehen entschuldigt hat, bleibt es ein Affront“, schätzt Hansgünter Fleischer, Kulturausschuss-Sprecher der Fraktion ein. Die Unionsmitglieder befürchten durch die doch eher untaugliche Drohkulisse gegenüber dem Vogtlandkreis, der diesen zu einer Mitfinanzierung der Kulturkosten Plauens drängen soll, nachhaltigen Schaden für die gesamte Kulturlandschaft im Vogtland. Schließlich ist auch der Vogtlandkreis finanziell extrem eingeschränkt. „Wenn am Ende im Kulturkonvent der Zwickauer Raum zwei Stimmen hat und das Vogtland durch den Austritt Plauens nur noch eine, dann können sich das Malzhaus, die Galerie Forum K oder viele andere kleine Kulturprojekte ausrechnen, wie ihre Chancen stehen, eine umfängliche Kulturförderung zu erhalten“, erläutert Jörg Schmidt die Sichtweise seiner Fraktion, die schwere Schäden an der Plauener Kulturlandschaft befürchtet. Dennoch habe es Anzeichen aus anderen Fraktionen gegeben, dass diese im Gegensatz zum Oberbürgermeister eine Mitgliedschaft im Kulturkonvent als für die Kulturstadt Plauen zwingend erachten. „Hoffentlich lassen sich die Linke- und die SPD/Grüne-Fraktion

nicht doch am Ende wieder umstimmen, wenn die konkrete Austrittsentscheidung auf dem Plan steht. Mit gesundem Menschenverstand erscheint es uns nicht hilfreich, wie ein kleines bockiges Kind mit dem Fuß aufzustampfen und mantrahaft den Vogtlandkreis in die Verantwortung für die Plauener Kultur zwingen zu wollen. Monatelang hat der OB es schlicht versäumt, mit den Fraktionen im Kreistag und der Landkreisverwaltung Nägel mit Köpfen zu machen und Mehrheiten für eine Beteiligung des Kreises an der Kultur im Oberzentrum zu sammeln“, so der deutliche Vorwurf Schmidts an das Stadtoberhaupt.

Plauen, 2. Februar 2016

Rückfragen bitte an:

Jörg Schmidt (CDU-Fraktionsvorsitzender) unter 01 75 / 8 44 63 45

Ingo Eckardt (Pressesprecher) unter 01 73 / 3 62 26 50